

DIE RECHTSEXTREME PARTEI JOBBIK UND DIE SITUATION DES POLITISCHEN EXTREMISMUS IN UNGARN

Frank Spengler / Mark Alexander Friedrich

Die Wahlerfolge der rechtsextremen Partei Jobbik,¹ Übergriffe auf Roma und offener Antisemitismus einiger Abgeordneter haben in den vergangenen Jahren europaweit für negative Schlagzeilen über Ungarn gesorgt. Der Linksextremismus ist dagegen kaum in Erscheinung getreten. Sowohl die Stärke der rechten als auch die Schwäche der linken Extremisten lässt sich mit einer Kombination von historischen und gegenwärtigen Faktoren erklären. Einerseits spielt die Erfahrung der Ungarn mit fast einem halben Jahrhundert Kommunismus und eine Nostalgie nach der alten Größe Ungarns eine Rolle – ein Klima, von dem der Linksextremismus nicht profitiert. Andererseits haben der Vertrauensverlust der politischen Eliten,² speziell während der Regierungszeit Ferenc Gyurcsánys, die wirtschaftliche Lage und die ethnische Komposition des Landes dazu geführt, dass der Rechtsextremismus im Lande erstarkt ist.



Frank Spengler leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ungarn.



Mark Alexander Friedrich war von Januar bis Oktober 2013 im Auslandsbüro Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung als wissenschaftliche Hilfskraft beschäftigt. Derzeit ist er als Trainee im Europaparlament tätig.

- 1 | Stimmenanteil bei der Europawahl 2009: 14,77 Prozent; Stimmenanteil bei der Wahl zur Ungarischen Nationalversammlung 2010: 16,67 Prozent.
- 2 | Der Trend bei der Frage nach dem Vertrauen in verschiedene Institutionen ist sowohl im Hinblick auf die Parteien, die Regierung und die Europäische Union rückläufig (*Eurobarometer* 78, 2012). Dabei ist vor allem das Vertrauen in die Parteien sehr gering. Nicht einmal jeder fünfte Ungar gab an, diesen zu vertrauen. Auch im Hinblick auf die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie liegt Ungarn im unteren Drittel der EU.

NAHEZU BEDEUTUNGSLOS: LINKSEXTREMISMUS IN UNGARN

Eine nennenswerte linksextreme politische Szene gibt es dagegen in Ungarn nicht, ebenso wenig wie in vielen anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks. Weder gelang einer Partei aus dem linksextremen Spektrum der Einzug in die Nationalversammlung noch kam es zu größeren öffentlichen Demonstrationen oder Versammlungen. Die Gründe hierfür sind in erster Linie geschichtlicher Natur. Während der linke Diskurs im Westen hauptsächlich durch die „68er-Generation“ und ihre geistigen Nachfolger geprägt wurde, war für die Linke in Ungarn die Erfahrung des Kommunismus prägend. Entsprechend sehnt sich die ungarische Linke nach dem relativen Wohlstand und der Sicherheit der Kádár-Zeit³ zurück und schwelgt in Nostalgie. Viele Ungarn verbinden diese Vergangenheit jedoch mit Unfreiheit und der Unterdrückung nach dem Volksaufstand von 1956. Entsprechend steht Sozialismus für die meisten nicht für eine gesellschaftliche Utopie, sondern für ein gescheitertes politisches System.

Es ist jedoch nicht nur die Geschichte, die der ungarischen Linken im Wege steht: Auch strukturelle Probleme verhindern ihr Erstarren. So fehlt es in Ungarn an einer Partei, die linke Politik zeitgemäß präsentiert. Stattdessen ist die Linke zerstritten und zersplittert. In den 1990er Jahren war die Arbeiterpartei⁴ (Munkáspart) noch die stärkste Kraft im linken Parteienspektrum. 1998 verfehlte sie mit rund vier Prozent nur knapp den Einzug in die Nationalversammlung. Jedoch gelang es der Partei danach nicht mehr, dieses Ergebnis zu wiederholen. Eine rückwärtsgewandte Politik

3 | In Folge des Volksaufstandes 1956 hatte sich in Ungarn ein Kommunismus entwickelt, der im Verhältnis etwa zur DDR offener war und mit relativem Wohlstand für die Bevölkerung einherging. Diese Sicherheit des so genannten „Gulaskommunismus“ wurde dadurch aufrechterhalten, dass der Staat gewisse Leistungen erbrachte und Arbeitsgarantien gab. Dieses Modell war nicht nachhaltig finanziert und bildete die Grundlage für die finanziellen Schwierigkeiten Ungarns nach der Wende.

4 | Vor 1993: Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (Magyar Szocialista Munkáspart); ab 2005: Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei (Magyar Kommunista Munkáspart); seit 2013 infolge einer Gesetzesänderung, die der Partei die Bezeichnung „Kommunistisch“ verbietet: Ungarische Arbeiterpartei (Magyar Munkáspart).

begründete, unter anderem etwa mit Gedenkveranstaltungen am Todestag von János Kádár, den stetigen Rückgang der Unterstützung der Arbeiterpartei. Bei den Parlamentswahlen 2010 erhielt sie nur noch 0,1 Prozent.

Dies ist jedoch noch immer mehr als die 0,03 Prozent, die die aus der Arbeiterpartei hervorgegangene zweite Partei am linken Rand, die Arbeiterpartei 2006 (Munkáspárt 2006), erzielte. Außer durch kleinere Demonstrationen und den Diskurs um das öffentliche Tragen des roten Sterns⁵ spielte und spielt die Linke im politischen Diskurs Ungarns keine Rolle.

Außer durch kleinere Demonstrationen und den Diskurs um das öffentliche Tragen des roten Sterns spielte und spielt die Linke im politischen Diskurs Ungarns keine Rolle.

Zu der fehlenden thematischen Tiefe dieser Parteien kommen der Mangel an bekannten Führungspersönlichkeiten oder einer intellektuellen Elite sowie das Fehlen gut funktionierender Kommunikationskanäle.

Anzumerken ist jedoch, dass die Ungarische Sozialistische Partei (Magyar Szocialista Párt, MSZP), die seit der Wende fünfmal⁶ den Ministerpräsidenten stellte, der Rechtsnachfolger der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (Magyar Szocialista Munkáspárt, MSZMP) ist. Obwohl die Partei keine Fortsetzung der kommunistischen Politik der Vorwendezeit propagiert, waren doch lange Zeit ehemalige Parteifunktionäre der MSZMP tonangebend. Auch die heutige Generation der MSZP-Politiker wurde häufig in den Jugendorganisationen des alten Systems geschult. Die Rolle der Partei führt damit einerseits dazu, dass auch für manchen Altkommunisten eine demokratische Partei wählbar wird, andererseits zeigte sich aber gerade im Zusammenhang mit den Protesten 2006, dass das geschichtliche Erbe der Partei auch belastend für die ungarische Demokratie sein kann. Im politischen Wettbewerb der

- 5 | Die Regierung hat wiederholt versucht, das öffentliche Tragen des Roten Sterns zu verbieten. Jedoch liegen in diesem Zusammenhang zwei Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) vor: „Vajnai gegen Ungarn“ (EGMR 33629/06, 08.07.2008) und „Fratanoló gegen Ungarn“ (EGMR 29459/10, 03.11.2011). Aktuell ist das Tragen von Symbolen totalitärer Ideologien, unter ihnen der Rote Stern, nach einer Gesetzesänderung erneut verboten.
- 6 | Der letzte Ministerpräsident vor der Wende, Miklós Németh, war bis zu den ersten freien Wahlen 1990 im Amt, nachdem sich die Partei schon von MSZMP in MSZP umbenannt hatte. Gyula Horn (1994-1998) und Ferenc Gyurcsány (2004-2009) waren Parteimitglieder, während Péter Medgyessy (2002-2004) und Gordon Bajnai (2009-2010) zwar parteilos waren, jedoch eine MSZP-Regierung führten.

Nachwendezeit verschaffte das kommunistische Erbe der Partei durchaus Vorteile, etwa was die Organisationsstrukturen in den frühen 1990er Jahren oder das Vermögen der Vorgängerpartei betraf, die sich etwa bei dem Wahlsieg Gyula Horns 1994 bemerkbar machten.

DIE GRUNDLAGEN DES RECHTSEXTREMISMUS IN UNGARN

Im Gegensatz zur radikalen Linken ist die radikale Rechte sehr gut organisiert und spielt sowohl gesellschaftlich als auch politisch eine Rolle. Gerade im letzten Jahrzehnt ist ihre Bedeutung stark gewachsen. Im Gegensatz zu vielen westeuropäischen Ländern stehen in Ungarn jedoch nicht Fragen der Zuwanderung und des Multikulturalismus im Mittelpunkt dieser Entwicklung. Stattdessen haben die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, das Versagen der sozialistischen Regierung unter Ministerpräsident Gyurcsány und allen voran Probleme bei der Integration der Roma eine politische Landschaft geschaffen, in der es den Rechtsextremen gelang, stetig an Bedeutung zu gewinnen.

Eine wichtige Rolle im Weltbild der ungarischen extremen Rechten spielt noch heute der Friedensvertrag von Trianon aus dem Jahr 1920. Durch diesen Vertrag, der zu den Pariser Vorortverträgen zählt und mit dem die Aufteilung des ungarischen Königreichs besiegelt wurde, verlor Ungarn etwa zwei Drittel seines Territoriums und 52 Prozent seiner Bevölkerung. Viele Ungarn fanden sich plötzlich außerhalb ihres Landes wieder. Noch heute leben rund drei Millionen Ungarn außerhalb der Landesgrenzen. Für viele Ungarn stellt Trianon ein Trauma dar, das noch nicht überwunden ist. Das Thema Trianon eint daher nicht nur die ungarische Rechte, sondern in großem Maße auch die gesamte Gesellschaft. Noch heute wird gelegentlich vom rechten politischen Rand die Revision des Vertrages gefordert. Zudem dient die empfundene Ungerechtigkeit als Mittel, um äußere Feinde zu schaffen und Ungarn als Opfer internationaler Verschwörungen darzustellen. Trotzdem gab und gibt es Unterschiede zwischen den verschiedenen rechten Gruppen. So gab es erste rechtsextreme Organisationen und Parteien schon direkt nach der Wende. Ihr Auftreten, ihre Wählerschaft und Bedeutung unterschied sich jedoch von dem der heutigen extremen Rechten, vor allem von Jobbik.

DIE ZEIT NACH DER WENDE

Nach der Wende erhofften sich viele Ungarn einen klaren Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit. Aufgrund der beachtlichen Beteiligung der alten Eliten, aber auch mit dem Ziel der Versöhnung des Landes, waren viele Maßnahmen der ersten demokratisch gewählten Regierung unter József Antall jedoch weniger radikal als von einigen im Lande gewünscht. Insbesondere der ungarisch-ukrainische Staatsvertrag und der damit verbundene Verzicht auf Gebietsansprüche gegenüber der Ukraine brachte die Rechte gegen die Regierung auf. Der Schriftsteller und Journalist István Csurka verließ als Reaktion auf diese Politik die regierende MDF und gründete die Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei (Magyar Igazság és Élet Pártja, MIÉP). Während die neugegründete Partei 1994 noch deutlich an der Fünfprozenthürde scheiterte, gelang ihr 1998 mit knapp 5,5 Prozent der Einzug in die Nationalversammlung. Zwar beanspruchte diese Partei für sich „weder rechts noch links, sondern christlich und ungarisch“ zu sein, doch trat gerade Csurka mehrfach mit antisemitischen Äußerungen hervor. Ob MIÉP jedoch als eine rechtsextreme Partei eingestuft werden kann, ist bis heute nicht nur unter Politikwissenschaftlern umstritten. Tatsache ist, dass sich die Wählerschaft der MIÉP aus einem antikommunistischen, bürgerlichen Milieu rekrutierte und die Positionen der Partei gerade im Vergleich zur heutigen Jobbik weniger radikal erscheinen. Andererseits trug auch die MIÉP dazu bei, dass rechtsextreme Positionen im politischen Diskurs einen Platz gewinnen konnten. Eine große gesamtgesellschaftliche Bedeutung konnte die Partei nie erreichen. Stattdessen stellte sich der Erfolg der MIÉP bei den Wahlen 1998 als einmalig heraus. Vier Jahre später konnte sie dieses Wahlergebnis nicht wiederholen, der Einzug in die Nationalversammlung misslang.

Tatsache ist, dass sich die Wählerschaft der MIÉP aus einem antikommunistischen, bürgerlichen Milieu rekrutierte und die Positionen der Partei gerade im Vergleich zur heutigen Jobbik weniger radikal erscheinen.

DER AUFSTIEG VON JOBBIK

Als Reaktion auf den zunehmenden Verlust an politischem Gewicht schloss sich die MIÉP für die Wahlen 2006 mit der 2003 gegründeten Jobbik und der Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte (Független Kisgazda-, Földmunkás és Polgári Párt, FKGP) zusammen, um bei den Wahlen als MIÉP – Jobbik

a Harmadik Út⁷ anzutreten. Zwar scheiterte das Wahlbündnis an der Fünfprozenthürde und löste sich anschließend wieder auf, jedoch hatte es Jobbik die Möglichkeit gegeben, erstmals an nationalen Wahlen teilzunehmen und Erfahrungen zu sammeln. Während MIÉP in der Bedeutungslosigkeit verschwand (speziell nach dem Tod Csúrkás im Januar 2013), stieg Jobbik zur neuen rechten Kraft in Ungarn auf. Sowohl bei der Europawahl 2009 (14,77 Prozent), als auch bei den Wahlen zur Ungarischen Nationalversammlung 2010 (16,67 Prozent) wurde sie drittstärkste Kraft.



Mitglieder der mittlerweile verbotenen „Ungarischen Garde“ während ihrer Einweihung am 25. August 2007 in Budapest. | Quelle: © Tamas Kovacs, picture alliance, epa.

Hervorgegangen war die Partei aus einer 1999 gegründeten antikommunistischen und nationalkonservativen Studentengruppe. Jedoch hat sich Jobbik seitdem radikalisiert und weist mittlerweile auch Unterschiede zur MIÉP auf, die vor allem bei der Wählerschaft deutlich werden. Während die Unterstützer der MIÉP sich in erster Linie aus enttäuschten Wählern der MDF und hauptsächlich aus überdurchschnittlich gebildeten, älteren Leuten aus Budapest rekrutierte, kennzeichnet die Wähler von Jobbik oft ein deutlich schlechteres Bildungsniveau und die Herkunft aus ländlichen Verhältnissen. Viele von ihnen kommen daher

7 | Ein Wortspiel mit den zwei Bedeutungen des ungarischen Wortes *jobbik* – „der Bessere“ oder „der Rechtere“. Entsprechend: „MIÉP – der bessere dritte Weg“ oder „MIÉP – der rechtere dritte Weg“.

ursprünglich nicht aus dem bürgerlichen Lager, sondern sind enttäuschte Wähler der Sozialisten. In ihrer Entstehung und auch im Hinblick auf viele Positionen in sozialen Fragen gleicht Jobbik mehr einer sozialen Bewegung mit linken Positionen. Der Partei gelang es in den letzten Jahren auch, an Einfluss unter den Studenten des Landes zu gewinnen.

An der Spitze von Jobbik steht der Abgeordnete Gábor Vona. Der ehemalige Lehrer gehörte 1999 zu den Gründern der Vorgängerorganisation von Jobbik. Auf dem Gründungsparteitag 2003 wurde er zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden. Seit November 2006 ist er Jobbik-Vorsitzender.

Jobbik distanziert sich öffentlich davon, rechtsextrem zu sein und bezeichnet sich selbst als nationale Bewegung, die sich zuweilen radikaler Methoden bediene. Sie gibt vor, als „neue Kraft“ – und „im Namen der Ungarn“ aufzutreten. „Extrem“ seien nicht die eigenen Positionen, sondern die „neoliberale Politik“ speziell der sozialistischen Vorgängerregierung. Jobbik bedient sich gerne einer starken Symbolik, wie der Karte Großungarns und der rot-weiß gestreiften Flagge des Árpádhauses,⁸ und stellt Politik, noch mehr als in der ohnehin bildlichen ungarischen Rhetorik üblich, als Kampf dar. Politische Gegner werden dabei oft mit Kriminellen gleichgesetzt, wie etwa der ehemalige Ministerpräsident Gyurcsány und die MSZP, die Vona in der aktuellen Debatte um hohe Wohnnebenkosten als „rezsibűnöző“,⁹ als „Wohnnebenkosten-Verbrecher“, bezeichnete.

Jobbik bedient sich gerne einer starken Symbolik, wie der Karte Großungarns und der rot-weiß gestreiften Flagge des Árpádhauses, und stellt Politik als Kampf dar.

8 | Die Árpáden, die erste Herrscherfamilie Ungarns, regierten zwischen 1001 und 1301. Wappen und Flagge des Geschlechts waren die waagerechten rot-weißen Árpád-Streifen (*Árpád sávok*), die sich bis heute im Wappen Ungarns wiederfinden. Die faschistische Partei Ungarns während des zweiten Weltkrieges (die Pfeilkreuzler) nutzten die Árpád-Streifen als Teil ihrer Fahne. Nach der Wende wurde die Flagge vereinzelt auf politischen Versammlungen gesichtet. Sie wurde jedoch vor allem durch die MIÉP nach deren Ausscheiden aus der Nationalversammlung 2002 zum Symbol der ungarischen Rechten.

9 | *Rezsi* = Wohnnebenkosten und *bűnöző* = Verbrecher.

Von Beginn an war Jobbik bemüht, sich von den etablierten Parteien zu distanzieren und das Image einer Anti-Partei abzubilden. Entsprechend trägt sie auch den Namen Bewegung (*mozgalom*) und gibt sich ablehnend gegenüber der gesamten politischen Klasse sowie den anderen Parteien. Während sich diese Haltung zunächst vor allem gegen Parteien aus dem linken Spektrum richtete, attackiert Jobbik spätestens seit der Kampagne zur Europawahl 2009 offen die Regierungspartei FIDESZ und das bürgerliche Lager. Dabei setzt sie auf die Etablierung eines alternativen öf-

Jobbik bemüht sich um Erschließung weiterer Politikfelder. Hierfür wurde etwa vor Kurzem eine Umweltstiftung gegründet.

entlichen Raums, vor allem im Internet, in dem sie ihr Gedankengut erfolgreich verbreiten kann. Die Jobbik-nahe Website kuruc.info gehört zu den meistbesuchten Internetseiten des Landes. Die Partei bemüht sich um die Erschließung weiterer Politikfelder. Hierfür wurde etwa vor Kurzem eine Jobbik nahe stehende Umweltstiftung, der Verein Grüne Antwort (Zöld Válasz Egyesület), gegründet. So versucht Jobbik, ähnlich wie die NPD in den 1980er Jahren in Deutschland, nationalistische Positionen als Umweltpolitik zu tarnen. Themen sind etwa die regionale Versorgung mit Lebensmitteln oder Kritik an multinationalen Unternehmen. Doch die Versuche der Partei, Präsenz im Alltag zu zeigen, gehen noch weiter. So gibt es seit einigen Jahren ein Jobbik-nahes Taxiunternehmen (Nemzeti Taxi – Nationaltaxi). Das Logo des Unternehmens, die Karte Großungarns, prangt an den Wagentüren. Jobbik gelingt es auf diese Weise, im Alltag der Bürger präsent zu sein.

Der beachtliche Zuwachs an Unterstützung für Jobbik lässt sich auf mehrere Faktoren zurückführen. Ihren Anfang nahm diese Entwicklung während der Proteste und Unruhen 2006, die auf die Veröffentlichung der heimlich aufgezeichneten „Öszöder-Rede“ (*Őszödi beszéd*) Ferenc Gyurcsánys folgten. In dieser „Lügenrede“ erklärte der damalige Ministerpräsident, das Volk „die letzten anderthalb bis zwei Jahre lang“ über die wahre wirtschaftliche Situation des Landes belogen zu haben, um seine Wiederwahl 2006 zu sichern. Die Folge waren wochenlange und teils blutige Proteste, bei denen Randalierer vom rechten Rand besonders auffielen. Dies wurde von der Polizei als Vorwand genutzt, um brutal gegen friedliche Demonstranten vorzugehen. Gyurcsánys Rede schien das bei vielen Ungarn ohnehin vorhandene Misstrauen gegenüber der politischen

Elite und das Vorgehen der Staatsgewalt (vor allem der Polizei) zu bestätigen. Die Opposition, auch FIDESZ, bezeichnete die Regierung als illegitim und Ministerpräsident Gyurcsány, auch mit Verweis auf die kommunistische Vergangenheit der MSZP, als „Linksterroristen“. Da sich die Regierung weigerte zurückzutreten, zogen sich die Demonstrationen lange hin und boten Jobbik die Möglichkeit, sich zu profilieren. Spätestens mit Beginn der Wirtschaftskrise in Ungarn kam es dann zu einem enormen Zulauf für Jobbik, die zudem erfolgreich ihre Kapitalismuskritik thematisiert. Zwischen den Wahlen 2006 und 2010 hat sich die Unterstützung für Jobbik fast verachtfacht. Es wäre sicherlich unzutreffend, die Verantwortung für den Aufstieg von Jobbik allein bei der Regierung Gyurcsány zu suchen, ihr Handeln jedoch trug entscheidend dazu bei.

Auch wenn die besorgniserregende wirtschaftliche Entwicklung Ungarns bis in das Jahr 2010 bei Weitem nicht ausreicht, um die heutige Position von Jobbik zu erklären, ist deren Aufstieg doch eng mit dieser Entwicklung verknüpft. Trotz wirtschaftlicher Herausforderungen aufgrund der kommunistischen Vergangenheit und der damit verbundenen dominierenden Rolle des Staates seit der Wende galt Ungarn zum Zeitpunkt des EU-Beitritt im Jahre 2004 als „Musterknabe“ unter den Ländern Mittel- und Osteuropas. Es wurde jedoch versäumt, notwendige Reformen rechtzeitig einzuleiten. Die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechterte sich stetig. Exemplarisch hierfür ist die Staatsverschuldung, die seit der Machtübernahme der Sozialisten im Jahre 2002 und ihrer Abwahl im Jahre 2010 von unter 56 Prozent auf fast 82 Prozent

des Bruttoinlandsproduktes anstieg. In diesem Zeitraum verschlechterte sich auch die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung drastisch. Entscheidend hierfür war, neben der negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Landes, dass sich viele Menschen durch Fremdwährungskredite (zumeist Schweizer Franken) übermäßig verschuldeten. Vor der Krise hatten die Banken diese Kredite als sichere und zinsgünstigere Variante angeboten. In Folge der Wechselkursschwäche des Forints konnten viele Bankkunden ihre Kredite jedoch nicht mehr bedienen. Für Jobbik bedeutete diese Situation die Chance zur Kritik an den etablierten Parteien, vor allem an der sozialistischen

In Folge der Wechselkursschwäche des Forints konnten viele Bankkunden ihre Kredite nicht mehr bedienen. Für Jobbik bedeutete dies die Chance zur Kritik an den etablierten Parteien.

Regierung unter Ministerpräsident Gyurcsány. Auch Banken und ausländische Investoren waren ein willkommenes Ziel für Jobbik-Angriffe. Die Partei stellte sich als Beschützer der Ungarn dar und versprach, sich dafür einzusetzen, den wirtschaftlich notleidenden Bürgern zur Seite zu stehen.

ANTIZIGANISMUS UND DIE UNGARISCHE GARDE

Neben linken sozialen Positionen war und ist ein starker Antiziganismus ein wichtiges Element in der Rhetorik von Jobbik. Als erste Partei thematisierte sie die hohe Kriminalitätsrate in der Roma-Bevölkerung. Sie verbreitete den Begriff der „Zigeunerkriminalität“ (*cigánybűnözés*). Der „Lynchmord von Olaszliszka“, bei dem im Oktober 2006 ein Lehrer in Folge eines Verkehrsunfalls von einer Gruppe Roma zu Tode geprügelt wurde, und der Mord

Mit dem Versäumnis der Parteien, die Vorurteile gegenüber den Roma aufzugreifen, entstand ein Feld, in dem Jobbik sich als einziger Vertreter der „Interessen“ der Ungarn präsentieren konnte.

an dem rumänischen Handballspieler Marian Cozma im Februar 2009 trugen insbesondere dazu bei, dass die Bezeichnung „Zigeunerkriminalität“ landesweit Beachtung fand. In Kombination mit weit verbreiteten gesell-

schaftlichen Vorurteilen gegenüber den Roma und dem Versäumnis der etablierten Parteien, das Thema frühzeitig aufzugreifen, entstand ein thematisches Feld, in dem Jobbik sich als einziger Vertreter der „Interessen“ der Ungarn präsentieren konnte. Dies traf vor allem auf Regionen im Osten des Landes zu, in denen der Anteil von Roma an der Gesamtbevölkerung hoch ist. Da die Polizei auch in Folge der Ereignisse von 2006 in permanenter Kritik stand – mal wegen zu „weichen“, mal wegen zu „harten“ Auftretens – gelang es ihr nicht, das Problem der Kriminalität in den Griff zu bekommen. Die ungarische Polizei war nicht in der Lage, den zunehmenden Provokationen von Seiten der Rechten entgegenzuwirken. Das nach der Wende in Anlehnung an das amerikanische Vorbild eingeführte liberale Recht auf Meinungsäußerungen und Versammlungsfreiheit schränkte ihre Handlungsfreiheit zusätzlich ein. Auch die Gerichte konnten durch ihre Rechtsprechung die Situation nicht verbessern.

In diesem gesellschaftlichen Klima gelang es Jobbik, vor allen durch Gründung der Ungarische Garde Bewegung (Magyar Gárda Mozgalom, kurz: Ungarische Garde), ihr

Profil als Beschützer der Ungarn zu stärken. Die inzwischen verbotene Gruppe, die 2007 von Vona gegründet worden war, fiel vor allem durch das Tragen von Uniformen auf, die an jene der Pfeilkreuzler erinnerten.¹⁰ Die paramilitärische Organisation marschierte bevorzugt in Siedlungen mit hohem Roma-Anteil auf.

Jobbik machte sich vor allem das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber staatlichen Institutionen zunutze und suggerierte der Bevölkerung das Gefühl von Sicherheit. Während sie durch die Gründung den Eindruck vermittelte, als einzige Partei eine Lösung für das Problem der „Zigeunerkriminalität“ zu kennen, schürte ihre Rhetorik letztlich nur Ängste, die das Problem vielerorts noch verschärft haben. Als Folge der Etablierung der Ungarischen Garde stieg die Anzahl von Jobbik-Ortsverbänden landesweit an. Ein Verbot der Ungarischen Garde wurde zwar schon 2007 eingeleitet, aber erst am 2. Juli 2009 wurde es rechtskräftig. Bereits am 25. Juli 2009 entstand die Neue Ungarische Garde Bewegung (Új Magyar Gárda Mozgalom, kurz: Neue Ungarische Garde). Diese hat zu großen Teilen dieselben Mitglieder, dieselbe Führung und dieselben Ziele. Gegen das Verbot der ursprünglichen Ungarischen Garde reichte der Jobbik-Abgeordnete Tamás Gaudi-Nagy 2010 Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg ein. Diese wurde jedoch im Juli 2013 abgewiesen.¹¹ Die Tatsache, dass schon kurz nach dem Verbot die Gründung der Neuen Ungarischen Garde erfolgte, zeigte jedoch, dass das Verbot von Organisationen grundsätzlich das Problem nicht löst. Die Regierungskoalition aus FIDESZ und KDNP änderte deshalb das Versammlungsrecht und verbot uniformierte Aufmärsche mit provokativem Charakter.

Die Gesetzesänderung könnte ein wirksames Mittel werden, um gegen Gruppen wie die Ungarische Garde vorzugehen. Die eigentlichen Probleme, die soziale Lage vieler Roma und die Vorurteile, bleiben jedoch davon unberührt. Die ungarische Regierung führte in den vergangenen Jahren wichtige Maßnahmen durch, um diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung anzugehen. Im Mittelpunkt steht dabei der am Ende der ungarischen Ratspräsidentschaft am 24. Juni 2011 vom Europäischen Rat verabschiedete

10 | Die Pfeilkreuzler waren eine nationalsozialistische Partei in Ungarn, 1939 gegründet von Ferenc Szálasi.

11 | „Vona gegen Ungarn“ (EGMR 35943/10, 9 Jul 2013).

europäische Rahmen für nationale „Roma-Strategien“ bis 2020. Die Durchsetzung dieser Initiative war ein großer Erfolg für die ungarische Ratspräsidentschaft. Sie kann aber nur im Zusammenspiel mit funktionierenden nationalen Mechanismen erfolgreich sein. Es besteht nun die Hoffnung, dass die Koordination und Kontrolle von Seiten der Europäischen Kommission, die als Teil der „Roma-Strategie“ vereinbart wurde, auch in Ungarn dazu beitragen wird, die Bemühungen um volle soziale Inklusion der Roma zu stärken. Die Umsetzung der Roma-Rahmenstrategie auf europäischer Ebene durch die ungarische Regierung ist auch Ausdruck des politischen Willens, die Problematik durch konkrete Aktivitäten zu lösen. Auf nationaler Ebene werden die Maßnahmen in Ungarn, etwa zur Bildung und zur Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt, im Ministerium für Humanressourcen koordiniert.

ANTISEMITISMUS

Weit verbreiteter Antisemitismus ist bei Jobbik und der ungarischen extremen Rechten, vor allem in Budapest, erkennbar. Er richtet sich häufig gegen den

Während einer Demonstration erklärte Vona, dass „die israelischen Eroberer, diese Investoren, sich ein anderes Land auf der Welt ausgucken sollten, da Ungarn nicht zum Verkauf steht“.

Staat Israel und die angebliche Machtposition der Juden in Ungarn und der Welt. So spricht sich Jobbik gegen israelische und jüdische Investitionen im Land aus. Während einer Demonstration gegen den jüdischen Weltkongress, der im Mai 2013 in Budapest stattfand, erklärte Vona, dass „die israelischen Eroberer, diese Investoren, sich ein anderes Land auf der Welt ausgucken sollten, da Ungarn nicht zum Verkauf steht“. Besonderes Aufsehen erregte Márton Gyöngyösi, Parlamentsabgeordneter von Jobbik, als er 2012 forderte, „Menschen mit jüdischer Abstammung zu zählen, die hier leben, insbesondere im ungarischen Parlament und in der ungarischen Regierung, da sie in der Tat ein nationales Sicherheitsrisiko für Ungarn darstellen“. Als Reaktion auf Gyöngyösis' Äußerungen kam es zu einer großen Demonstration, an der auch Vertreter von Regierung und Opposition teilnahmen. Die Hausordnung der Nationalversammlung wurde dahingehend verändert, dass Abgeordnete für die restlichen Sitzungen eines Tages ausgeschlossen werden können oder mit einer Geldstrafe rechnen müssen, wenn sie nationale, ethnische oder religiöse Gruppen oder Einzelpersonen beleidigen.

Die gegenwärtige Regierung hat umfangreiche Maßnahmen eingeleitet, um den Antisemitismus in Ungarn zu bekämpfen. Die vierte Verfassungsnovelle vom März 2013 schuf einen gesetzlichen Rahmen, um gegen so genannte Hassreden vorgehen zu können. Anwendung fand diese Regelung schon einen Monat später, als eine Demonstration rechtsextremer Motorradfahrer verboten wurde, die am Tag des „Marsches der Lebenden“, ein Gedenkmarsch zur Erinnerung an die Opfer des Holocaust, unter dem Motto „Gib Gas!“ abgehalten werden sollte. Die Leugnung des Holocaust ist heute strafbar. Das Jahr 2014 wurde zum Holocaust-Gedenkjahr erklärt und ein Gedenkausschuss wurde eingerichtet. Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust an ungarischen Schulen ist schon während der ersten Orbán-Regierung 2000 verpflichtend geworden. Darüber hinaus unterstützt die Regierung die jüdische Kultur und das jüdische Leben in Ungarn. So wurde erstmals nach 80 Jahren der Grundstein für eine neue Synagoge gelegt.



Hat umfangreiche Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus eingeleitet: Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán (rechts), hier mit Hans-Gert Pöttering, KAS-Vorsitzender und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments. | Quelle: KAS.

Im Gegensatz zur Einstellung gegenüber Roma und Juden ist die Fremdenfeindlichkeit gegenüber Migranten weniger verbreitet, was auch an deren verhältnismäßig geringen Zahl liegen mag. Anfeindungen gegenüber Homosexuellen hingegen sind sehr häufig, und sie kommen regelmäßig aus dem Jobbik-Lager. In ihrem Wahlprogramm fordert die

Partei, homosexuelle Handlungen unter Strafe zu stellen. Angesichts dieses Klimas kann die Parade „Budapest Pride“ nur unter starkem Polizeischutz stattfinden.

DIE EU ALS FEINDBILD VON JOBBIK

Hinsichtlich der europäischen Integration positioniert sich Jobbik eindeutig als EU-Gegner. In dieser Hinsicht arbeitet sie auf europäischer Ebene mit der Allianz der Europäischen Nationalen Bewegungen (AEMN), mit der British National Party (BNP) um Nick Griffin, der italienischen Fiamma Tricolore, der spanischen Republikanischen Sozialbewegung oder der Nationaldemokratischen Partei Bulgariens zusammen. Außerdem gibt es Verbindungen zur französischen Front National und anderen rechtsextremen und rechtspopulistischen europäischen Parteien. Nach Ansicht von Jobbik ist die durch die europäische Integration erfolgte Grenzöffnung keine Lösung für die Probleme der Auslandsungarn. Zudem kritisiert sie immer wieder die Abtretung von staatlicher Souveränität und die Verletzung ungarischer Interessen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Mehrfach hat Jobbik betont, dass Ungarn sich um eine engere Zusammenarbeit mit Russland anstatt mit der EU bemühen solle. Vona betonte in diesem Zusammenhang: „Ohne Russland gibt es kein Europa, ohne dieses hat unser Kontinent keine Zukunft. Das politische Zentrum muss gegenüber dem jetzigen nach Osten verlagert werden und wenn dies wahr würde, dann könnte Ungarn darin eine herausragende Position als Mittler einnehmen.“ Diese Haltung scheint auf den ersten Blick im Widerspruch zu den nationalistischen Positionen der Partei zu stehen.

Die pro-russische Haltung von Jobbik lässt sich durch die unter Präsident Putin verstärkte Betonung der russischen nationalstaatlichen Souveränität und einen starken Antiamerikanismus erklären.

Sie überrascht auch im Hinblick auf die ungarische Geschichte. Sie lässt sich jedoch durch die unter Präsident Putin verstärkte Betonung der russischen nationalstaatlichen Souveränität sowie einen starken Antiamerikanismus erklären. Zudem wurde in den Medien berichtet, dass Jobbik Gelder für den Wahlkampf aus Russland erhalten haben soll. Dies wurde von Jobbik vehement bestritten. Tatsache ist, dass führende Politiker von Jobbik regelmäßig nach Russland reisen und sich mit russischen Parlamentariern treffen.

Für Aufsehen sorgte der ehemalige Jobbik-Europaabgeordnete Csanád Szegedi. Er war Mitbegründer der Ungarischen Garde und galt hinter Vona als einer der starken Männer der nächsten Generation. Vor rund einem Jahr fand er heraus, dass er jüdische Vorfahren hat. Er verließ Jobbik, behielt aber sein EU-Abgeordnetenmandat.

DIE RADIKALE RECHTE AUSSERHALB VON JOBBIK

Schon direkt nach der Wende etablierten sich einige rechtsextreme Gruppen und Parteien in Ungarn, etwa die Weltnationale Volksherrschaftspartei (Világnemzeti Népuralmista Párt, VNP). Diese bestand jedoch nur kurz in den Jahren 1993 und 1994, vereinigte sich dann ausgerechnet am 20. April mit anderen rechtsextremen Gruppen zur Ungarischen Hungaristenbewegung (Magyar Hungarista Mozgalom, MHM) und wurde schon kurz darauf verboten. Auch Gruppierungen wie die Hungarian Skins oder die 2006 verbotene Blood and Honour traten zu dieser Zeit auf, ohne dabei jedoch mehr als eine Randerscheinung zu sein. Erst MIÉP und später Jobbik gelang es, über diesen Status hinauszukommen. Nichtsdestotrotz gab es in den vergangenen Jahren neben Jobbik noch andere Gruppen und Einzelpersonen am rechten Rand, die in den Fokus der Öffentlichkeit rückten. Das öffentliche Interesse diesbezüglich war aber sehr kurzlebig und die Bedeutung der Parteien und Gruppierungen war im politischen Gesamtkontext gering.

Ein Beispiel ist der seit 2008 eingetragene Verein der national gesinnten Motorradfahrer. Präsenz zeigte er in der Vergangenheit bei verschiedenen rechtsextremen Demonstrationen, vor allem im Umfeld von Jobbik-Veranstaltungen, aber auch durch das Stören von Veranstaltungen, insbesondere linker Parteien. Auch einige Aktivisten vom rechten Rand schafften es in den letzten Jahren mit Einzelaktionen zum Thema des öffentlichen Diskurses zu werden. Exemplarisch hierfür zu nennen ist Diána Bácsfi und ihre Gruppe Ungarische Zukunft (Magyar Jövő Csoport). Diese fiel erstmals im Dezember 2003 dadurch auf, dass sie im Zentrum Budapests Plakate mit der Parole der Pfeilkreuzler, „Durchhalten“ (*kitartás*), und der Aussage „Wir kommen!“ (*jövünk!*) anbrachten. Neben der Verehrung von Ferenc

Szálasi¹² fiel Bácsfi vor allem durch die Leugnung des Holocaust und den Hitlergruß auf. Daraufhin wurde sie von der Eötvös-Loránd-Universität Budapest exmatrikuliert und in einem Prozess zu einer Geldstrafe verurteilt. Zusammen mit ihrer Gruppe verschwand Bácsfi aus der Öffentlichkeit. Mittlerweile distanzierte sie sich von ihrer Vergangenheit.

Während Bácsfi oder die National Gesinnten Motorradfahrer vor allem durch Worte und PR-Aktionen auffielen, gab und gibt es jedoch auch Gruppen, deren Gefahrenpotenzial weitaus höher einzuschätzen ist. So liefen gegen den Rechtsextremisten György Budaházy jahrelang Untersuchungsverfahren, in deren Verlauf er lange in Untersuchungshaft saß. Er hatte zusammen mit László Toroczkai die Organisation Hunnia gegründet, die den ungarischen EU-Beitritt ablehnt und ein Ungarn in den Grenzen vor Trianon fordert. Mehrfach übten sie Gewalttaten aus, auch

mit dem Einsatz von Molotowcocktails. Vor Gericht wurde Budaházy unter anderem wegen der Beschädigung des Sowjetischen Ehrendenkmals in Budapest zu einer Geldstrafe verurteilt. In anderen, langwierigen Prozessen wurde er dagegen freigesprochen.

2010 versuchte der Rechtsextremist Budaházy, bei der Wahl zur Nationalversammlung als unabhängiger Kandidat anzutreten, um so Immunität zu erlangen. Der Wahlausschuss erkannte ihn jedoch nicht an.

2010 versuchte Budaházy, bei der Wahl zur Nationalversammlung als unabhängiger Kandidat anzutreten, um so Immunität zu erlangen. Der Wahlausschuss erkannte jedoch nicht alle zur Kandidatur notwendigen eingereichten „Empfehlungsschreiben“ (*kopogtató cédula*) an, so dass er nicht antreten konnte. Aufgrund seiner Prozesse und einiger öffentlichkeitswirksamer Auftritte gehört Budaházy dennoch zu den bekannteren Rechtsextremen des Landes.

12 | Ferenc Szálasi war ein faschistischer Politiker vor und während des Zweiten Weltkriegs. Nach der Absetzung des Reichsverwesers Miklós Horthy durch die deutsche Besatzungsmacht (Fall Margarethe) wurde Szálasi am 15. Oktober 1944 als Ministerpräsident eingesetzt. In seine Amtszeit fiel die zweite Deportationswelle des Holocaust in Ungarn. Am 1. Mai 1945 stellte sich Szálasi, nachdem er vor der Roten Armee aus Budapest geflohen war, den US-Truppen. Szálasi wurde 1946 in Budapest als Kriegsverbrecher hingerichtet.

Als eine Gefahr für die öffentliche Ordnung sehen politischen Beobachter die 64 Burgkomitate¹³ (Hatvannégy Vármegye Ifjusági Mozgalom, HVIM). Die Gruppe war während der Demonstrationen gegen Ministerpräsident Gyurcsány 2006 intensiv an Krawallen und der Erstürmung des staatlichen Fernsehens beteiligt. Sie wurde 2001 von László Toroczkai, Mitbegründer der Organisation Hunnia, etabliert und ist eng mit Jobbik verbunden, bezeichnet sich jedoch als unabhängig. Die Gruppe ist bekennd nationalistisch, rassistisch und antisemitisch. Ihre Mitglieder haben mehrfach öffentlich mit Gewalt gedroht. So äußerte etwa ihr Vizepräsident, Gábor Barcsa-Turner, im August 2012 gegenüber einer kanadischen Zeitung, dass jene Auslandsungarn, die sich zuletzt negativ über ihr Land geäußert hätten, besser nicht nach Ungarn zurückkehren sollten, da „die Neonazis und Faschisten euch hier für eure widerlichen Berichte aufhängen werden“. Die Gruppe gehörte zu jenen drei ungarischen Organisationen, denen Anders Behring Breivik, der Attentäter von Utøya, direkt vor seiner Tat sein „Manifest“ zusandte. Die Gruppe distanzierte sich von der Tat. Béla Incza, ein führendes Mitglied der 64 Burgkomitate, erklärte während einer Demonstration gegen die Inhaftierung von György Budaházy, dass er die Organisation Werwolf¹⁴ für nachahmenswert halte. Außerdem rief er die Anwesenden dazu auf, Kampf- und Selbstverteidigungssportarten zu erlernen, denn es könne die Zeit kommen, in der „jeder morgens zur Arbeit geht und abends etwas in die Luft sprengt“.

Die Organisation Hunnia ist bekennd nationalistisch, rassistisch und antisemitisch. Ihre Mitglieder haben mehrfach öffentlich mit Gewalt gedroht.

Abgesehen von den Ausschreitungen im Jahre 2006 und einer Blockade der Budapester Elisabethbrücke im Jahre 2002 beschränkten sich rechtsextremistische Gruppen bislang auf Proteste. Einzeltäter verübten hingegen mehrfach Verbrechen mit rassistischem Hintergrund. Das bekannteste Beispiel hierfür ist eine Mordserie in den Jahren 2008

13 | Eine Burgkomitat (*vármegye*) war eine seit dem Jahr 1000 genutzte regionale Verwaltungseinheit im Königreich Ungarn, die in etwa den mittelalterlichen Kommitaten im heutigen Deutschland entsprachen. Zwar war Ungarn zu jener Zeit administrativ schon anders unterteilt, doch verbreitete sich in Bezug auf das Ungarn vor Trianon seit den 1920er Jahren der Ausdruck „64 Burgkomitate“.

14 | Von Reichsführer-SS Heinrich Himmler am Ende des Zweiten Weltkrieges ins Leben gerufene nationalsozialistische Freischärler- und Untergrundbewegung.

und 2009, die in den Medien als „Roma-Morde“ bekannt wurde. Bei zehn Anschlägen töteten die Täter, die häufig als „Todesbrigaden“ bezeichnet wurden, sechs Roma und verletzten fünf schwer. Zunächst bewarfen sie Häuser der Roma mit Molotowcocktails und schossen dann auf die Flüchtenden. Gezielt wählten die Täter Ortschaften aus, in denen es bereits Spannungen zwischen den ansässigen Roma und der Mehrheitsbevölkerung gab. Ziel war es, diese zu verschärfen. Nach mehreren Gewalttaten konnte den „Todesbrigaden“ jedoch das Handwerk gelegt werden. Vier Verdächtige konnten 2009 durch ihre Mobiltelefone ausfindig gemacht und festgenommen werden. Die drei mutmaßlichen Haupttäter wurden im Februar 2013 erstinstanzlich zu lebenslanger Haft verurteilt, der vierte wegen Beihilfe zu 13 Jahren. Die Beschuldigten kündigten an, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Die Regierung erklärte, die Opfer finanziell unterstützen zu wollen.

FAZIT

Die Wahrscheinlichkeit für ein Erstarren der radikalen Linken in Ungarn dürfte auch in Zukunft gering sein. Das

Das rechtsextreme Problem geht zwar über Jobbik hinaus, jedoch sorgt die Präsenz der Partei dafür, dass sich ein Großteil der Rechtsextremen um die Gruppierung schart.

Problem des Rechtsextremismus bleibt jedoch bestehen. Exemplarisch hierfür steht die anhaltende Unterstützung von Jobbik. Die „Roma-Morde“ und das Auftreten anderer rechtsextremer Gruppen im letzten

Jahrzehnt zeigen zwar, dass das Problem über Jobbik hinausgeht, jedoch sorgt die Präsenz und Stärke der Partei dafür, dass ein Großteil der Rechtsextremen sich um diese Gruppierung schart. Dadurch ist das Problem der Rechtsradikalen in Ungarn sehr präsent.

Die linksorientierten Medien und Parteien machten in der Vergangenheit regelmäßig das konservative Lager für das Erstarren der Rechtsextremen verantwortlich und setzten bisweilen auch die bürgerlichen Parteien mit Jobbik gleich. Die Regierung hingegen verweist darauf, dass Jobbik erst als Reaktion auf die Misswirtschaft der Vorgänger den Einzug in die Nationalversammlung schaffte. In der Zwischenzeit hat sie auf die Herausforderungen vom rechten Rand des politischen Spektrums reagiert. Gerade erst betonte der stellvertretende Ministerpräsident Tibor Navracsics bei der Eröffnung einer in Budapest abgehaltenen Konferenz

zum Thema „Jüdisches Leben und Antisemitismus im heutigen Europa“ die ungarische Verantwortung für den Holocaust und die Bedeutung des Kampfes gegen Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus. Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der Strategie der Regierung ist jedoch die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Lande. Der aktuelle wirtschaftliche Aufwärtstrend bietet Grund zu vorsichtigem Optimismus. Die ungarische Regierung muss jedoch weiter mit aller Vehemenz gegen Rassismus und Diskriminierung vorgehen und die Integration der Roma in die ungarische Gesellschaft voranbringen. Sollte dies nicht gelingen, dürfte Jobbik auf absehbare Zeit eine ernst zu nehmende politische Kraft bleiben. Die anstehende Parlamentswahl im Frühjahr 2014 kann dafür ein erster Indikator sein.